

## Außenansicht

# Auf dem Boden einer neuen Wirklichkeit

Die SPD hat bisher wenig Erfahrung mit dem Außenamt – dennoch stehen die Erfolgchancen für den neuen Minister gut

Von Gregor Schöllgen

der beinahe dreißigjährigen Amtszeit der liberalen Außenminister Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel (1969-1998), der fast fünfzehnjährigen Karriere der Christdemokraten Konrad Adenauer, Heinrich von Brentano und Gerhard Schröder (1951-1966) und der immerhin siebenjährigen Laufbahn des Grünen Joschka Fischer (1998-2005) vergleicht.

Aber so einfach ist die Rechnung nicht. Denn zum einen zeigten die Sozialdemokraten den auswärtigen Angelegenheiten über Jahrzehnte bewusst die kalte Schulter. Im Grunde blieb für sie jene Maxime verbindlich, die Wilhelm Liebknecht 1882 so formulierte: „Die beste auswärtige Politik“, gab er im Reichstag zu Protokoll, „ist gar keine.“ „Statt mit dem Auslande“, hielt er Bismarck vor,

solle sich die Regierung mit den „inneren Angelegenheiten“ befassen und „Frieden und Wohlfahrt im Lande selbst herstellen“.

Bei dieser Linie sind die Genossen, aufs Ganze gesehen, geblieben. Während der fünfziger Jahre wurde ihre Haltung zur Außen- und Sicherheitspolitik zudem durch die von Schumacher vorgegebene Fundamentalopposition gegen den Kurs Konrad Adenauers geprägt. Erst als sich zeigte, dass diese Strategie nicht mehrheitsfähig war und die Genossen so nie und nimmer auf der Regierungsbank Platz nehmen würden, warf Herbert Wehner das Steuer herum. Mit seiner Rede vom 30. Juni 1960, einem seiner berühmtesten Alleingänge, stellte er die SPD auf das Fundament der politischen und militärischen Westbindung der Republik –

und schuf damit die Voraussetzung für die Übernahme der Regierungsverantwortung im Oktober 1969.

Vergleichbares hat sich vor dem Regierungswechsel im Oktober 1998 abgespielt. Nachdem die SPD, allen Warnungen ihres Vorsitzenden Willy Brandt zum Trotz, den Zug zur Vereinigung beinahe verpasst hätte, verkannte sie anfänglich auch die grundlegend gewandelte Situation, in der sich das vereinigte Deutschland nach dem Untergang der Sowjetunion befand. Angesichts des Missbrauchs, den die Großmacht Deutsches Reich bis 1945 wiederholt mit ihrer Machtfülle getrieben hatte, neigte die Partei jetzt dazu, jedes internationale Engagement Deutschlands – etwa im Krisenherd des sich auflösenden Jugoslawien – unter Hinweis auf die Geschichte abzulehnen, wenn es militärische Mittel einschloss.

Als dann Mitte der neunziger Jahre erneut die Erkenntnis reifte, dass auch diese Position auf Dauer nicht mehrheitsfähig sein würde, tat die Fraktion, was Herbert Wehner schon einmal für sie getan hatte: Am 13. Dezember 1996 stimmte sie mehrheitlich dem Sfor-Einsatz der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina zu und stellte sich damit auf den Boden der Wirklichkeit. Und wie die Ost- und Deutschlandpolitik der siebziger Jahre ohne das Bekenntnis zur Westbindung nicht realisierbar gewesen wäre, so lässt sich schwerlich vorstellen, wie die ersten

Kampfeinsätze deutscher Soldaten seit dem Zweiten Weltkrieg von einer sozialdemokratisch geführten Regierung ohne dieses vorangegangene Arrangement mit Deutschlands neuer Rolle in der Weltpolitik hätten verantwortet werden können.

So hat die SPD seit Mitte der sechziger Jahre das außenpolitische Gesicht der Bundesrepublik geprägt wie keine zweite Partei. Nicht nur stellte beziehungsweise stellt sie von 1966 bis 1982 und erneut seit 1998 entweder den Bundeskanzler oder aber den Außenminister in einer großen Koalition und gab diesem Posten damit ein Gewicht, das er nur in einer solchen Konstellation besitzen kann; vielmehr haben die Sozialdemokraten die deutsche Außenpolitik in dieser Zeit auch entscheidend geprägt und die Republik den Zeitumständen entsprechend neu positioniert. Dass diese Neu-

justierung in allen Fällen beträchtliche innenpolitische Konsequenzen und Begleiterscheinungen zeitigte, spricht für die Schwere der Entscheidungen, vor der sie dabei standen. Das gilt für die Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts, die vor allem ein innenpolitischer Parforceritt gewesen ist und ihn im April 1972 beinahe die Kanzlerschaft gekostet hat. Es gilt für die Europa- und die Sicherheitspolitik Helmut Schmidts, namentlich für die Umsetzung des Nato-Doppelbeschlusses, die das vorzeitige Ende seiner Kanzlerschaft besiegelte. Und es gilt für das selbstbewusste Heranführen der Deutschen an die gewöhnungsbedürftigen Realitäten der neuen Weltordnung, das Gerhard Schröder zu Hause zeitweilig einem beispiellosen politischen und publizistischen Trommelfeuer aussetzte.

So gesehen tritt der neue Außenminister kein leichtes Erbe an. Wohl wird die Kanzlerin im Zweifelsfall die Kritik für tatsächliche oder vermeintliche Fehlentscheidungen in den auswärtigen Beziehungen auf sich ziehen. Dennoch hängt die Messlatte hoch, weil inzwischen alle Welt davon ausgeht, dass Sozialdemokraten erfolgreiche Außenpolitiker sind, und weil Frank-Walter Steinmeier seit Willy Brandt der erste regulär amtierende sozialdemokratische Außenminister ist. Die SPD hat gute Chancen, ihr außenpolitisches Profil weiter zu schärfen.



Gregor Schöllgen ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Erlangen und Mitherausgeber der Akten des Auswärtigen Amtes. Foto: privat